

Merkel dämpft Erwartungen an Euro-Gipfel

„Kein spektakulärer Schritt“ / Weiter Streit über Griechenland-Hilfe / Bankensteuer erwogen

wmu./now./maf./ruh. BRÜSSEL/FRANKFURT, 19. Juli. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat vor überzogenen Erwartungen an das Sondergipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag gewarnt, das sich mit der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum befasst. Die Krise werde nicht mit einer spektakulären Entscheidung beendet werden können, sagte sie am Dienstag in Hannover. Sie wisse, dass es eine „große Sehnsucht“ nach einer solchen großen Entscheidung gebe. Es gebe Vorschläge wie die nach Einführung von Eurobonds, eine große Umschuldung, für eine Transferunion und vieles mehr. „Aber ich werde dem so nicht nachgeben, die Bundesregierung wird so auch nicht nachgeben“, sagte Merkel. Der luxemburgische Finanzminister Luc Frieden sagte dagegen dieser Zeitung, es gehe um „viel mehr“ als um Griechenland. „Es geht um die Stabilität des Euro-Raums und des gesamten europäischen Projekts.“ Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos warnte vor der Ansteckung weiterer Staaten für den Fall, dass für sein Land keine Lösung gefunden wird.

Im Streit über ein neues Kreditprogramm für Griechenland ist nach wie vor ein wunder Punkt nicht geklärt. Offen bleibt immer noch, wie der Wunsch vieler Eurostaaten nach der Beteiligung privater Gläubiger mit der Position der Europäischen Zentralbank (EZB) zu vereinbaren wäre. Diese will bislang keine Lösung akzeptieren, die einen teilweisen griechischen Zahlungsausfall zur Folge hätte.

Als neue Option wird diskutiert, dass die Beteiligung der privaten Gläubiger über eine Steuer für den Finanzsektor erfolgen soll. Sie hätte nach Ansicht der Arbeitsgruppe den Vorteil, dass die Banken und Versicherungen beteiligt würden, ohne dass die Ratingagenturen Griechenland auf „teilweisen Zahlungsausfall“ (selective default) herunterstufen würden. Nach einem Papier der Arbeitsgruppe könnte diese Steuer gegebenenfalls mit einer freiwilligen Privatgläubigerbeteiligung kombiniert werden. Eine Herabstufung auf „selective default“ sei dann „un-



Ansteckungsgefahr? In Athen demonstrieren die Taxifahrer gegen eine Abschaffung ihrer Privilegien.

Foto AFP

wahrscheinlich“, heißt es in dem Papier. Die Steuer könnte nach unbestätigten Berechnungen etwa 10 Milliarden Euro jährlich einbringen. Allerdings wehrten sich die Banken dagegen. Offen blieb, warum sich die Banken zu einer weiteren freiwilligen Beteiligung bereit erklären sollten, wenn ihnen eine Steuer auferlegt wird.

Die Steuer ist nach Diplomatenaussagen nur eine von mehreren diskutierten Optionen. Die zweite Option liefte auf eine nicht näher bezifferte Beteiligung privater Gläubiger und einen Schuldentransfer hinaus. Der Euro-Krisenfonds EFSF müsste in diesem Fall Mittel zur Refinanzierung griechischer Banken und Sicherheiten für die Europäische Zentralbank (EZB) aufbringen, damit diese den dortigen Banken noch Kredit gibt. In der dritten Option ist kein Schuldentransfer vorgesehen. Stattdessen würde Griechen-

land durch niedrigere Zinsen und längere Laufzeiten der EFSF-Kredite entlastet.

Die harte EZB-Ablehnungsfront gegen eine Privatgläubigerbeteiligung erhielt am Dienstag erste Risse. Der österreichische Notenbankgouverneur Ewald Nowotny sagte, ein kurzer Zahlungsausfall Griechenlands müsse nicht unbedingt große Folgen haben. Die EZB könnte ein neues Hilfspaket für Griechenland unter Umständen auch dann akzeptieren, wenn Ratingagenturen dies als teilweisen Zahlungsausfall bewerten würden. „Es gibt einige Vorschläge, die sich auf eine sehr kurzfristige Situation eines selektiven Zahlungsausfalls beziehen, die keine umfangreichen negativen Folgen hätte“, sagte Nowotny in einem Interview.

Das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) rechnet fest mit einer Beteiligung des privaten Sektors an einer Umschul-

ung. Daraus ergebe sich für die anstehenden Quartalsberichte Juni eine Abschreibungspflicht für griechische Staatsanleihen. Auch „zur Veräußerung bestimmte“ Anleihen müssten nun in der Gewinn- und Verlustrechnung abgeschrieben werden. Ein Schuldenschnitt von 30 Prozent könnte für deutsche Banken und Versicherer Abschreibungsbedarf von rund 7 Milliarden Euro zur Folge haben. Bei der Commerzbank wären es rund 1 Milliarde Euro.

Der deutsche Sachverständigenrat hat sich erstmals in einem gemeinsamen Appell für einen Tausch griechischer Anleihen gegen Anleihen des Euro-Rettungsfonds EFSF ausgesprochen. Dies müsse mit einem Abschlag von etwa 50 Prozent geschehen, schreiben sie in einem Gastbeitrag für diese Zeitung. FDP-Chef Philipp Rösler lehnte Anleihekäufe des EFSF strikt ab. (Schuldenkrise, Seite 10)

Heute

„Fünf Weise“ für Plan B

Die fünf Mitglieder des deutschen Sachverständigenrates sprechen sich in einem Beitrag für diese Zeitung für einen Erlass der Hälfte der Schulden Griechenlands aus, auch wenn dies Risiken berge. Seite 10

Metro muss zurückstecken

Im Streit um die Vorherrschaft über die Elektronikketten Media Markt und Saturn Hansa muss die Metro gegen den Gründer Erich Kellerhals vorerst zurückstecken. Seite 12

IBM überrascht positiv

Der amerikanische Technologiekonzern profitiert von einer regen Investitionsbereitschaft in Unternehmen und nimmt Wettbewerber wie Oracle Marktanteile ab. Seite 12

Murdoch vor Abgeordneten

Rupert Murdoch, der 80 Jahre alte Chef des Medienkonzerns News Corp., stellte sich wegen eines weitreichenden Abhörskandals Parlamentariern in London – wobei er viele Antworten schuldig blieb. Seite 14

Fitness First vor Börsengang

Der Fitnessstudiokonzern will sich vor einem Börsengang selbst besser in Schuss bringen. Unrentable Standorte werden geschlossen, das Design wird vereinheitlicht. Seite 15

Mehr als Staatsanleihen

Die Staatsschuldenkrise mindert die Attraktivität von Staatsanleihen aus Industrienationen. Für Anleger gibt es keinen Mangel an seriösen Alternativen. Seite 18

Heikle Bürgerversicherung

Ex-Verfassungsgerichtspräsident Papier stützt die private Krankenversicherung. Eine Zwangsversicherung für alle verletzte das Grundgesetz. Recht & Steuern. Seite 19

FIRMENINDEX	Seite	Bayern LB	14	Daimler	14, 16	Electrolux	12	Hengeler Müller	12	Petrom	17
Air Berlin	14	BMW	16	Delticom	14	Elaxis	14	IBM	12	Roche	12
Alno	15	Borders	14	Novartis	12	Eon	14	Johnson Controls	14	WWE	13
Arcelor-Mittal	12	Boston Consulting	12	Deutsche Bank	12, 13	Ergo	15	Thyssen-Krupp	12	SMS	14
Audi	16	Cisco Systems	12	Deutsche Börse	13, 17	Foxconn	12	Metro	9, 12	Sonova	14
Bank of America	13	Clorox	14	Dionex	14	Goldman Sachs	13	Mosaic	13	Wells Fargo	13
		Coca-Cola	13	Drägerwerk	13	Hay	15	Opel	14	Yara	13

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mit der Postkutsche

Von Joachim Jahn

Der Ausstieg der Bundesregierung aus dem elektronischen Entgeltnachweis für Arbeitnehmer mutet ähnlich kopflos an wie manch andere Entscheidung der vergangenen Monate. Die Grundidee von „Elena“ war und bleibt richtig: Jedes Jahr 60 Millionen Papierformulare ausfüllen zu müssen, damit Beschäftigte die eine oder andere Sozialleistung beantragen können, ist eine Zumutung für die Unternehmen. Auf der einen Seite hat die Koalition jüngst die rechtssichere Kommunikation im Internet mit dem Start von „De-Mail“ gefördert, weil sich die einst propagierte „elektronische Signatur“ nicht durchgesetzt hat. Bald müssen Finanzämter auch endlich Rechnungen akzeptieren, die Firmen ihren Kunden mit einfacher Mail übermittelt haben. Doch was die Unmenge von Bescheinigungen für Sozialversicherungsträger und Behörden angeht, befördert Schwarz-Gelb nun die Arbeitgeber zurück ins Postkutschenzeitalter. Damit wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Statt das Projekt „Elena“ zu beerdigen, sollte es vorangetrieben, aber verschlankt werden. Für den Datenschutz bürgt schon der von Berufswegen kritische Bundesbeauftragte, der an dem Konzept mitgewirkt hat.

Last des starken Franken

Von Jürgen Dunsch

Das Franken-Hoch freut die Schnäppchenjäger unter den Schweizern, gleichgültig ob sie nach Konstanz oder Como zum Einkaufen fahren. Aber es belastet die heimischen Tourismusanbieter und die exportorientierten Unternehmen. Alle derzeit herumgereichten Gegenrezepturen taugen nicht viel. Exportsubventionen bringen die üblichen Verwerfungen von Staatshilfen. Eine Anbindung des Franken an den Euro zwänge die mit Euro und Dollar schon vollgesogene Nationalbank zu weiteren Interventionen. Ein Negativzins für ausländische Geldanlagen in der Schweiz griffe auf ein Vorbild in den siebziger Jahren zurück. Der Erfolg war indes begrenzt, und die Wirkung würde in der globalisierten Finanzwelt von heute noch mehr verpuffen. Was die Unternehmen belastet, ist weniger die Franken-Stärke an sich als die Geschwindigkeit der Aufwertung. Viel wäre gewonnen, wenn die Einfuhrpreise sanken. Bisher reichen die Importeure die Währungsgewinne kaum weiter. Dies jedoch ist notwendig, will man den kleinen und mittleren Unternehmen und der Verbrauchernachfrage helfen. Die Behörden sollten daher zum kleinen Knüppel greifen und mehr Parallelimporte erlauben.

Ungeliebte Konkurrenten

Von Henrike Roßbach

Es ist die Horrorgeschichte eines jeden Arbeitgebers: Eine kleine Gruppe Mitarbeiter legt mit einem Arbeitskampf den ganzen Betrieb lahm – und kaum ist dieses Rebellennest befriedet, geht das nächste Grüppchen auf die Barrikaden. In der Tat entscheidet schon lange nicht mehr nur die Zahl der Streikenden darüber, welche Schäden ein Arbeitskampf anrichtet. Mindestens ebenso wichtig ist, wer streikt. Im Einzelhandel etwa können Tausende über Wochen immer wieder in den Ausstand treten. Trotzdem bekommt kaum ein Kunde etwas mit. Wenn aber ein paar Fluglotsen für einige Stunden in den Bummelstreik treten, fallen reihenweise Flüge aus, Flugpläne geraten nachhaltig aus dem Takt, und zahllose Reisende stranden in den Abflughallen.

Wenn immer sich Beschäftigte zusammenschließen und sensible Punkte eingesetzt und damit unentbehrlich sind, treibt das den Arbeitgebern den Angstschweiß auf die Stirn. Kein Wunder. Unzufriedene Eliten müssen sich nicht anstrengen, um für Chaos zu sorgen. In Deutschland lässt sich dieses Phänomen seit Jahren beobachten. Ärzte, Lokführer, Piloten, Fluglotsen, Flugbegleiter: Sie alle haben eigene Gewerkschaften gegründet, um ihre Interessen durchzusetzen. Erfolgreich waren sie deshalb, weil sie an einem neutralen Punkt ansetzten: dem Missverhältnis zwischen Verantwortung und Anerkennung, das die Beschäftigten dieser Berufsgruppen empfinden und nicht länger dulden wollten. Obwohl dieses Muster leicht zu durchschauen ist, haben die großen Gewerkschaften und auch die Arbeitgeber erstaunlich lange gebraucht, das Konfliktpotential zu erkennen.

Besonders heftig bekam die Deutsche Bahn die Macht einer kleinen, zu allem entschlossenen Gruppe zu spüren. Der Streik der Lokführergewerkschaft GdL im Jahr 2007 erschütterte den Konzern, und plötzlich diskutierte ganz Deutschland darüber, ob man das überhaupt darf – als kleine Gewerkschaft ein Unternehmen derart in den Wahnsinn zu treiben, mit all den Folgen für die Reisenden und den Wirtschaftsstandort. Der Versuch der Bahn, der GdL mit Gerichtsbeschlüssen beizukommen, scheiterte kläglich. Am Ende musste sie die Gewerkschaft anerkennen. Auch die Ärztegewerkschaft Marburger Bund hat ihre Tarifmacht mit Streiks erzwungen. Doch inzwischen haben die Arbeitgeber offenbar gelernt, mit der Tarifpluralität zu leben. Im jüngsten Konflikt bei der Bahn etwa gab es zwar auch Streit, weil die GdL den Konzern in Geiselschaft nahm für etwas, das sie von den Privatbahnen wollte. Am Ende aber gab es eine Einigung ohne wochenlange Zugausfälle.

Dennoch hoffen die Arbeitgeber darauf, dass sie dieser Zwangsehe vielleicht doch noch entfliehen können. Als das Bundesarbeitsgericht 2010 das Prinzip „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“

fallen ließ, taten sich die Arbeitgeber mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen, um bei der Regierung für ein Gesetz zur Sicherung der Tarifeinheit zu werben. Doch selbst unter denjenigen Politikern, die elektrisiert waren von der Idee, sich damit gleichzeitig bei Gewerkschaften und Arbeitgebern beliebt zu machen, kehrte rasch Ernüchterung ein. Die verfassungsrechtlichen Bedenken sind groß, und die Spartengewerkschaften wehren sich nach Kräften – vor allem der Marburger Bund verfügt im Bundestag durchaus über eine Lobby. Seit kürzlich dann auch noch der Gewerkschaftsbund das Bündnis verließ, weil

Dem Tarifkartell aus Arbeitgebern und Gewerkschaften fehlt der Sinn für Wettbewerb.

Die Basis der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi aus Sorge um das Streikrecht nicht mehr mitmachen wollte, ist das Projekt erst einmal tot.

Schlimm ist das nicht. Auch wenn die Arbeitgeber die Tarifvielfalt verbal gerne in die Nähe des Fegefeuers rücken: Deutschland ist weit entfernt von Streikkaskaden. Sicher, seit dem 1. Mai gibt es eine Feuerwehrgewerkschaft. Doch die hat nur sechs Landesverbände und 1000 Mitglieder – von 100 000 Feuerwehrleuten im ganzen Land. Außerdem sind die meisten Beamten und dürfen nicht streiken. Bleiben die Werksfeuerwehren. Für ein Unternehmen wie BASF wäre es eine ernste Bedrohung, wenn die eigene Feuerwehr das komplette Chemiewerk stilllegte. Aber zum einen würden im Streikfall wohl Notpläne vereinbart, wie es auch bei den Krankenhausern der Fall ist. Zum anderen ist gerade diese Gruppe eher schwer empfänglich für die Verlockungen der neuen Gewerkschaft. Denn sie fällt unter den Tarifvertrag der Chemiegewerkschaft IG BCE, in dem sie gut wegkommt. Schlecht behandelt fühlen sich vor allem Feuerwehrleute der Kommunen, die den Rotstift spüren.

Dem Tarifkartell aber geht offenbar jeglicher Sinn für Wettbewerb ab. In bei wissen die großen Gewerkschaften, dass sie eine Mitschuld am Erfolg der kleinen tragen. Zu lange haben sie ihre Berufseliten vernachlässigt. Es kommt nicht von ungefähr, dass vor allem die Viel-Sparten-Gewerkschaft Verdi zu kämpfen hat. Letztlich haben es Arbeitgeber und Gewerkschaften selbst in der Hand, die Tarifvielfalt zu organisieren. Sollte sich doch noch irgendwann herausstellen, dass das Tarifsystem durch Dauerstreiks immer neuer Gruppen ins Rutschen gerät, wäre immer noch Zeit für politisches Handeln. Die Koalitionsfreiheit provisorisch zu beschneiden, um den tarifpolitischen Platzhirschen eine Gefallen zu tun, ist unnötig.

Arbeitgeber bedauern das Ende von „Elena“

Bundesregierung will einfacheres Konzept für elektronische Meldungen

rike./jja. BERLIN, 19. Juli. Die Arbeitgeber haben mit Empörung darauf reagiert, dass die Bundesregierung den elektronischen Entgeltnachweis („Elena“) einstellen will. „Ein Scheitern wäre ein Armutszeugnis für den Bürokratieabbau“, teilte die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände mit. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte zuvor angekündigt, das einstige Prestigeobjekt zum Bürokratieabbau „schnellstmöglich“ einzustellen (F.A.Z. vom 19. Juli). Grund sei, dass die dafür notwendige elektronische Signatur nicht weit genug verbreitet ist.

Seit über einem Jahr müssen Arbeitgeber monatlich das Arbeitsentgelt ihrer Beschäftigten elektronisch an eine Speicherstelle bei den Trägern der Rentenversicherung übermitteln. Im Gegenzug sollte demnächst die Übermittlung von jährlich 60 Millionen Bescheinigungen auf Papierformularen entfallen und die Unternehmen dadurch um Bürokratiekosten von geschätzten 85,6 Millionen Euro entlastet werden. Mit einer Chipkarte sollten Arbeitnehmer dann bei Behörden Arbeitslosen-, Kinder- oder Wohngeld beantragen können. Das Projekt geht auf eine Idee des rot-grünen Arbeitsmarktreformers Peter Hartz zurück.

Der Sicherheitsstandard, der für den elektronischen Entgeltnachweis „datenschutzrechtlich zwingend geboten“ sei, lasse sich trotz aller Bemühungen in absehbarer Zeit nicht flächendeckend verbreiten, urteilte nun das Bundeswirtschaftsministerium. Bislang gespeicherte Daten sollen „unverzüglich“ gelöscht werden; die Arbeitgeber werden von ihren elektronischen Meldepflichten entbunden.

Die Arbeitgeber nannten die Wiedereinführung von Papiermeldungen einen Rückschritt. Wegen der „sehr späten Kehrtwende“ der Regierung hätten die Unternehmen zudem viel Geld in den Sand gesetzt. Seit dem Start hätten sie mehr als 500 Millionen Datensätze an die Deutsche Rentenversicherung gemeldet. Die Kosten dafür und für die notwendigen Investitionen bezifferten sie auf meh-



Der elektronische Entgeltnachweis Elena ist am Ende. Foto dapl

rere hundert Millionen Euro. Das Argument, die elektronische Signatur habe sich nicht schnell genug verbreitet, will die Wirtschaft nicht gelten lassen. Die Regierung habe es trotz aller Warnungen versäumt, deren Verbreitung zu gewährleisten. Der IT-Brancheverband Bitkom kritisierte, „dass man mit großem Aufwand und nach langer Vorbereitungszeit ein modernes Verfahren einführt und dann handstreichartig wieder beendet“.

Die Gewerkschaften zeigten sich hingegen erfreut über das Aus für das Projekt. „Heute ist ein guter Tag für den Datenschutz“, sagte der stellvertretende Vorsit-

Deutschland bietet sich Russland als Partner an

Visa-Vergabe und Seltene Erden: Merkel und Medwedjew loben Wirtschaftsbeziehungen

rike. BERLIN, 19. Juli. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Russland Erleichterungen bei der Visa-Vergabe in Aussicht gestellt. Nach den 13. deutsch-russischen Regierungskonsultationen sagte sie am Dienstag in Hannover: „Ich hoffe, dass wir 2012 vorlegen werden, in welchen Schritten wir vorangehen.“ Die deutsche Wirtschaft fordert schon länger die Abschaffung der Visa-Pflicht. Der Ost-Ausschuss bezifferte die Visa-Kosten für die deutschen Unternehmen auf mehr als 160 Millionen Euro im Jahr (F.A.Z. vom 8. Juli). Auch Russlands Präsident Dmitrij Medwedjew betonte, Russland strebe eine schnelle Visa-Liberalisierung an. „Deutsche Unternehmen sind interessiert am Aufbau moderner Industriesektoren,

aber auch am Aufbau kleiner und mittelständischer Unternehmen“, sagte Merkel und verwies auf eine Vereinbarung zwischen der KfW-Bank und der russischen Vnesheconombank, die einen Finanzierungsfonds für kleine Firmen prüfen wollen. Im Zusammenhang mit der Energie-wende bezifferte sie den deutschen Mehrbedarf an Brückenenergieerzeugern auf zehn Gigawatt; in Frage komme dafür vor allem Gas. Allerdings entscheide die Wirtschaft alleine, wo sie ihr Gas einkaufe. Die Bundesregierung deutete zudem an, dass sie keine Einwände gegen einen Einstieg von Gazprom beim deutschen Energiekonzern RWE habe.

Medwedjew zeigte sich optimistisch, dass der Handel zwischen Deutschland

und Russland dieses Jahr das Vorkrisenniveau erreichen werde. Die russische Seite bot auch eine enge Zusammenarbeit bei der Förderung von Seltenen Erden an. Medwedjew wies auf eine bevorstehende Privatisierungswelle in Russland hin und lud die deutsche Wirtschaft ein, sich zu beteiligen. Vor allem die Energiewirtschaft, das Bau-, Transport- und Gesundheitswesen sowie der Maschinenbau eigneten sich für die Zusammenarbeit. Unterzeichnet wurden auch Unternehmensvereinbarungen. Siemens etwa schloss eine strategische Partnerschaft zur Stromnetzmodernisierung und zum Bau von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung. Continental schloss einen Vertrag über ein Reifenwerk im russischen Kaluga.

Schuldenkrise: Welche Lösungswege die EU-Staaten und der Sachverständigenrat befürworten

Zwischen Umschuldung, Bankenabgabe und Eurobonds

Deutschland findet mit seinen Forderung nach einer Beteiligung privater Gläubiger bei einem weiteren Hilfspaket für Griechenland vor allem bei den Niederländern, den Österreichern und den Finnen Unterstützung. Je weiter südlich und je höher verschuldet die anderen Euro-Staaten sind, desto eher plädieren sie für großzügige Hilfen. Ein Überblick über die Positionen.

In Frankreich hat der Elysée-Palast eine Art informelle Nachrichtensperre verhängt, an die sich die Politiker bisher weitgehend halten. Immerhin hat Europaminister Jean Leonetti zu erkennen gegeben, dass Frankreich Sympathie für eine Bankenabgabe besitzt. Die französische Position ist wenig komfortabel. Angesichts steigender Preise für Kreditausfallrisiko (CDS) auf französische Staatsanleihen sowie eines steigenden Renditeabstands französischer zu deutschen Staatsanleihen kann Paris kaum darauf vertrauen, von einer eventuellen Verschärfung der Schuldenkrise im Euroraum nicht erfasst zu werden. Daher dürfte die Bereitschaft gestiegen sein, nicht länger jede Form von Umschuldung und Beteiligung privater Gläubiger an den Lasten einer Umschuldung zu verweigern.

Italien will die Krise durch die Ausgabe von Eurobonds, also gemeinschaftlichen Anleihen, bekämpfen. Deutschland und Kanzlerin Merkel müssten ihrer Führungsverantwortung in Europa gerecht zu werden, heißt es immer wieder aus der italienischen Regierung. Allerdings wollen die Italiener, dass Merkel ihr politisches Gewicht dazu verwendet, die italienischen Wunschpositionen zu verwirklichen. Dazu gehört die Einrichtung eines möglichst großen Rettungsfonds und vor allem die Ausgabe von Eurobonds, die langfristig die nationalen Staatstitel ersetzen sollen. Davon versprechen sich die Italiener dauerhaft ähnlich niedrige Zinsen, wie sie Deutschland genießt. Finanzminister Giulio Tremonti wirbt seit Monaten für die Eurobonds. Aus der italienischen Politik ertönt auch Ruf nach mehr Solidarität in Europa, was als Wunsch nach der Umverteilung größerer Geldmengen interpretiert werden kann.



Europäische Flaute: Nicht alle halten den Euro mehr hoch

Foto dpa

Die Krisenländer Spanien und Portugal sind für alles, was vorübergehende Erleichterung bei den Risikoprämien und also Zeitgewinn verspricht. Daher sind sowohl die regierenden Sozialisten in Madrid als auch die regierenden Konservativen in Lissabon für mehr Griechenlandhilfe, obwohl es auch sie einen Beitrag kostet. Spaniens Ministerpräsident Zapatero hofft, dass er mit EU-Schützenhilfe bis zum regulären Wahltermin im März 2012 durchhalten kann. Ingeheim weiß er aber, dass die sich verschärfende Lage an den Finanzmärkten eher früher als später vorgezogene Wahlen diktiert dürfte. Der neue portugiesische Ministerpräsident Passos Coelho, der gerade ein weiteres unangenehmes Loch im Staatshaushalt entdeckte, hängt schon am Tropf der EU und des Internationalen Währungsfonds. Er fürchtet, dass die Verweigerung von mehr Stütze für Athen, ein böses Omen für den Fall wäre, dass auch Portugal einen Nachschlag braucht.

In den Niederlanden legt Finanzminister Jan Kees de Jager stets großen Wert auf eine enge Abstimmung mit Deutschland in der Euro-Krise. De Jager gehört zu den entschiedensten Fürsprechern einer Einbeziehung von Banken und Versicherungen in die Rettung der gemeinsamen

Deutschland in der Zwickmühle

Die Bundesregierung will eine Ausbreitung der Euro-Staatsschuldenkrise verhindern, die Schuldentragfähigkeit Griechenlands wiederherstellen, eine unbegrenzte Haftung Deutschlands verhindern („keine Eurobonds“) und private Gläubiger messbar und substantiell beteiligen. Dummerweise harmonisieren die Ziele nicht. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schlug Anfang Juni einen Anleihtausch für Gläubiger vor, der zu einer Verlängerung der ausstehenden Forderungen um sieben Jahre führen sollte. Die Europäische Zentralbank warnte dringlich vor jeder nicht freiwilligen Einbindung privater Gläubiger. Wenn die Rating-Agenturen die Anleihen auf D-Status abwerteten, werde sie diese nicht mehr als Sicherheit akzeptieren. Die Banken in Griechenland könnten sich damit nicht mehr refinanzieren. Europa hätte ein neues Problem. Das hielt die Koalitionsfraktionen im Bundestag nicht davon ab, die Bundesregierung aufzufordern, „neuen Finanzhilfen für Griechenland nur zuzustimmen, wenn eine angemessene Beteiligung privater Gläubiger eingeleitet wird“. Ende Juni gab es eine Vereinbarung mit den privaten Banken und Versicherern. Diese sagten zu, fällige griechische Anleihen zu verlängern. Es ging um 2 Milliarden Euro. Die Ratingagenturen drohten daraufhin, wenn politischer Druck auf Gläubiger ausgeübt werde, sei dies ein „Kreditereignis“ (D-Rating) – was man eigentlich vermeiden wollte. Doch nun gelten solche Tabus in der Regierung offenbar nicht mehr. Es wird verschärft über Umschuldungsmodelle gesprochen, nicht zuletzt unter Einbeziehung des Rettungsfonds EFSF. Direkt Käufe lehnt die FDP kategorisch ab. „Der Rettungsfonds EFSF darf nicht zum Gläubiger griechischer Anleihen werden, indem er solche Anleihen auf dem Sekundärmarkt selbst kauft“, sagte der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler dieser Zeitung. mas

Tremontis Europakurs gilt nicht fürs eigene Land

Italiens Finanzminister fordert Solidarität für Südeuropa – für den italienischen Süden predigt er jedoch Eigenverantwortung

tp. ROM, 19. Juli. Italiens Regierung, vor allem aber Finanzminister Giulio Tremonti, verwickelt sich in Widersprüche zwischen den Forderungen an Brüssel und den Maximen der Politik im eigenen Land: Von den Partnerländern der Europäischen Union fordert Tremonti Solidarität und die Vergemeinschaftung der Staatsschulden. In Italien selbst propagiert der Minister dagegen das Prinzip der Eigenverantwortung der einzelnen Regionen.

Noch während der Parlamentsdebatte über das inzwischen beschlossene italienische Sparpaket wandte sich Tremonti mit fordernden Worten an Deutschland: „Entweder wir gehen voran oder wir gehen unter“, sagte Tremonti im italienischen Senat. Die Lösung sei entweder politisch und gemeinschaftlich für ganz Europa, oder es gebe gar keine – „ohne Illusion der Rettung für Einzelne“. „Es ist wie auf der Titanic, nicht einmal die Passagiere der

ersten Klasse können sich retten“, lautete die Spitze von Tremonti in Richtung Deutschland. Der italienische Minister hat zuletzt in einem Gespräch mit einer amerikanischen Zeitung seinen Wunsch nach der Einführung von Eurobonds bekräftigt. Immer größere Anteile der nationalen Staatsschulden sollten auf Eurobonds transferiert werden, so Tremonti.

Diese Forderungen Tremontis nach Solidarität auf europäischer Ebene stehen in eigenartigem Kontrast zu seiner Politik innerhalb Italiens. Dort stört sich Tremonti genau daran, dass die Staatsausgaben vergemeinschaftet sind, weshalb er für die italienischen Regionen und Kommunen das Prinzip getrennter Buchführung und Verantwortlichkeiten einführen will.

Dieses Projekt läuft in Italien unter dem Stichwort „steuerlicher Föderalismus“. Der ist das Lieblingsprojekt der Lega Nord, dem kleineren Koalitionspartner

Berlusconi. Dabei ist Minister Tremonti zwar offiziell Mitglied in Berlusconi Partei „Volk der Freiheit“, wird aber gleichzeitig von der Lega Nord als einer der ihren



Finanzminister Giulio Tremonti ist in innenpolitischen Fragen ein Gegner der Transferzahlungen an die südlichen Regionen. Foto AFP

angesehen. Schließlich ist Tremonti, geboren in Sondrio nahe an der Schweizer Grenze, in Italien ebenfalls ein Nordlicht und vertritt mit ebenso viel Überzeugung das Projekt der Föderalisierung der öffent-

lichen Finanzen. Bisher wird nämlich ein Großteil der regionalen und kommunalen Haushalte durch Zuweisungen des Zentralstaates finanziert, die sich weniger an objektiven Kriterien, mehr an früheren Ausgaben orientieren und damit diejenigen begünstigen, die viel Geld ausgeben. Die Lega Nord und Tremonti sehen darin den Grund für eine massive Geldverschwendung in Südtalien. „Es kann nicht sein, dass weiterhin die Regel gilt, je mehr Geld man ausgibt, desto mehr Stimmen bekommt man“, sagte Tremonti vor mehreren Wochen. Das Projekt des Föderalismus soll die Zuteilung der Gelder nach objektiven Kriterien organisieren; in dem von den Regionen verwalteten staatlichen Gesundheitswesen sollen standardisierte Zuweisungen für Gerechtigkeit sorgen. Tremonti sieht darin die Möglichkeit, die Politiker zu Verantwortung gegenüber ihren Wählern zu erziehen. Denn diejeni-

gen, die verantwortungslos wirtschaften, müssten am Ende die Steuern erhöhen und würden dann von ihren Wählern eventuell auch bestraft. Auch sollten vor Wahlterminen externe Institutionen die Finanzen prüfen, damit kein regionaler oder kommunaler Politiker in Versuchung kommt, kurz vor den Wahlen Haushaltslücken zu verstecken.

Im neuen Haushaltspaket hat Tremonti sogar Kommunen und Regionen in vier Klassen der Haushaltsführung einteilen lassen. Bisher lamentierten nördliche Politiker, sie dürften wegen des „internationalen Stabilitätspakts“ nicht mehr Geld ausgeben, nur weil der Süden unsolide wirtschaftete. Mehr Freiheiten sollen solide wirtschaftende Lokalpolitiker bekommen – für den Süden propagieren populistische Politiker der Lega Nord dagegen ein klares Konzept: „Die Kommunen des Südens müssen auf Wasser und Brot gesetzt werden.“

Standpunkt: Peter Bofinger, Lars P. Feld, Wolfgang Franz, Christoph M. Schmidt und Beatrice Weder di Mauro

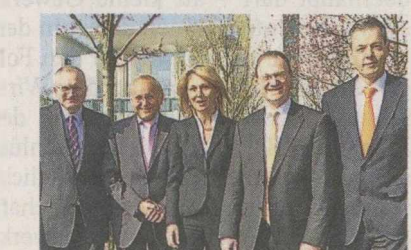
Krise der Währungsunion: Zeit für den Plan B

Was als Schuldenkrise einzelner Länder begann, hat sich zu einer ernsthaften Bedrohung der Stabilität des gesamten Währungsraums ausgewachsen. Divergierende Interessen und unterschiedliche Auffassungen über die angemessene Steuerung in der Eurozone haben zu politischen Positionen geführt, die sich gegenseitig blockieren. Aufgrund ihrer Verfestigung in der aktuellen Krise konnten sich die Staats- und Regierungschefs bislang lediglich auf das Prinzip Hoffnung, einen „Plan A“, einigen, gemäß dem die Krisenländer Griechenland, Irland und Portugal in absehbarer Zeit in der Lage sein sollen, die von der Gemeinschaft erhaltenen Finanzhilfen zurückzahlen.

Zudem wendet sich die Europäische Zentralbank (EZB) gegen eine geldpolitische Lösung und sieht die Schuldenkrise als fiskalisches Problem an. In diesem Konflikt besteht aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit eines Fehlschlags von Plan A die Gefahr, dass es entweder zu einem uneingeschränkten Bail-out oder zu einem unkontrollierten Auseinanderbrechen der Währungsunion kommt.

Eine uneingeschränkte gemeinsame Haftung im Euroraum ergäbe sich, wenn die Verschuldung der Problemländer weiterhin wüchse, ohne dafür am Markt eine hinreichende Finanzierung zu finden. Die Folge wären immer größere staatli-

che Stützungsprogramme durch die Gemeinschaft und eine überproportionale Belastung der finanziell gesunden Länder. Eine solche Entwicklung wäre nicht nur schädlich für die Fiskaldisziplin, sie setzte auch falsche Anreize für die Mär-



Sachverständige (v.l.): Schmidt, Franz (Vorsitzender), Weder di Mauro, Feld, Bofinger Foto Imago

te. Früher oder später gefährdete die übermäßige Inanspruchnahme der starken Länder die politische Akzeptanz der Währungsunion.

Noch schneller könnte der Euroraum auseinander brechen, wenn es zum unkontrollierten Zahlungsausfall und zum Austritt eines Landes aus der Währungsunion käme. Ein solcher Prozess würde durch eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in den Problemländern und abnehmenden politischen Reformwillen

ausgelöst. Beschleunigend wirkten Zweifel an der Solvenz weiterer Länder, die sich höheren Zinsaufschlägen gegenüber sehen würden.

Der Erhalt der Europäischen Währungsunion ist aus deutscher Sicht gegenüber den skizzierten Ecklösungen so eindeutig vorteilhaft, dass es dringend geboten ist, die momentane Blockade der europäischen Politik zu überwinden und dafür zu sorgen, dass die langfristige Stabilität des Währungsraumes gesichert bleibt.

Der Plan B beruht auf der Überlegung, dass die Rückgewinnung finanzieller Stabilität Griechenlands einen Teilschuldenerlass erfordert. Anzustreben ist ein Schuldenschnitt auf die ausstehenden Anleihen um etwa 50 Prozent. Dadurch würde der Schuldenstand von 160 Prozent auf etwa 106 Prozent sinken. Dies dürfte von den Rating-Agenturen als Zahlungsausfall (Default) gewertet werden. Um die Stabilität des Prozesses zu gewährleisten, sollte der Schuldenschnitt mit einem Umtauschangebot von griechischen Anleihen in solche der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) kombiniert werden. Konkret würde für eine griechische Anleihe mit einem Nennwert von 100 Euro ein Umtausch in eine EFSF-Anleihe von 50 Euro angeboten. Damit ginge die ausstehende griechische Staatsschuld in das Portfolio der EFSF über.

Um die Anreize zur Reform in den Problemländern aufrecht zu erhalten, könn-

te die EFSF im Rahmen der IWF/EU-Programme den Schuldenerlass nicht sofort, sondern zeitlich gestaffelt und im Gegenzug gegen Reformschritte an Griechenland weitergeben. Im Gegensatz zu Plan A wäre dieser Lösungsansatz unabhängig von der Einschätzung der Rating-Agenturen, da die Banken nur noch EFSF-Anleihen im Portfolio hielten. Der EZB könnte bei dieser Lösung die Option eingeräumt werden, die von ihr erworbenen Anleihen zum Ankaufskurs beim EFSF in EFSF-Anleihen einzutauschen. Ein weiterer Vorteil von Plan B bestünde darin, dass „Spekulanten“ nicht belohnt würden. Bei Plan A (und Versionen eines „freiwilligen“ Umtauschs) erreichten sie für Anleihen, die sie zu niedrigen Kursen erworben haben, eine Rückzahlung zu 100 Prozent. Bei Plan B bestünde lediglich die Alternative, nach einer Frist einen Umtausch zu 50 Prozent in neue griechische Anleihen ohne EFSF-Garantie zu akzeptieren.

Der Nachteil von Plan B besteht freilich darin, dass diejenigen Banken gestützt werden müssen, die in besonderem Maße in griechischen Anleihen engagiert sind. Das sind in erster Linie griechische Banken. Die EFSF könnte hier die notwendige Kapitalzuführung (von etwa 20 Milliarden Euro) vornehmen. Allerdings sind im IWF/EU-Programm ebenfalls Mittel zur Rekapitalisierung der griechischen Banken vorgesehen. Ebenso besteht bei Plan

B das Risiko, dass es zu einer Kettenreaktion kommt, von der die übrigen Problemländer erfasst werden. Für Irland und Portugal wäre das weniger problematisch, da sie für die nächsten Jahre vollständig durch den EFSF finanziert werden. Denkbar wäre es, für Irland und Portugal vergleichbare Umschuldungsprogramme aufzulegen. Spanien und Italien sollten gleichzeitig ihre laufenden Spar- und Anpassungsprogramme stärken und allenfalls eine präventive Kreditlinie des IWF beantragen, um nicht in eine Abwärtsspirale zu geraten. Letztlich wird sich die Gefahr der Ansteckung nur durch eine entschlossene und gemeinsame Aktion der Regierungen der Eurozone und der EZB bannen lassen.

Über die aktuellen Erfordernisse hinaus sollte ein zukunftsfähiges Regelwerk für den Euroraum einen dauerhaften Krisenmechanismus etablieren. Mit dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) ist zwar ein erster Schritt getan. Dieser belässt dem Rat jedoch weit reichende diskretionäre Handlungsspielräume und leidet somit unter ähnlichen Glaubwürdigkeitsproblemen wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Glaubwürdigkeit ist heute ausgesprochen knapp in der Währungsunion und kann nur über den richtigen Ordnungsrahmen wiederhergestellt werden.

Die Autoren bilden den deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Netzagentur zeigt Szenarien für Windstrom auf

bü. BONN, 19. Juli. Die Bundesnetzagentur hat erste Schritte für den Bau der neuen Höchstspannungsleitungen, die in Zukunft Wind- und Sonnenstrom zu den Verbrauchsorten transportieren müssen, in die Wege geleitet. Die Behörde stellte am Dienstag unterschiedliche Szenarien für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Diskussion, die den Rahmen für die regionale Netzplanung abstecken. Bis Oktober 2012 soll der Regierung und dem Bundestag ein „Bedarfsplan“ vorliegen; danach könnte die Feinplanung des Trassenverlaufs beginnen. Mit dem ersten Spatenstich rechnet Behördenpräsident Matthias Kurth frühestens 2015. In den Szenarien zeigen sich erhebliche Differenzen zwischen den Erwartungen von Bund und Ländern an den Ausbau der erneuerbaren Energien. Obwohl sie die gleichen Förderbedingungen unterstellen, gehen die Prognosen vor allem für den Windstrom weit auseinander. Insgesamt schätzen die Bundesländer, dass die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien bis 2022 um rund 170 Prozent wachsen und dann 46 Prozent zum deutschen Stromverbrauch beitragen wird. Im Energiekonzept der Bundesregierung werden ein Zuwachs um 70 Prozent und ein Verbrauchsanstieg von 35 Prozent angenommen. Welche Konsequenzen sich aus den unterschiedlichen Annahmen für die Netzplanung ergeben könnten, ließ Kurth offen. Ob eines der abgeschalteten Atomkraftwerke zur Absicherung der Energieversorgung in Reserve gehalten werden soll, will die Netzagentur erst Ende August bekanntgeben.

Kurze Meldungen

Mehr Steuereinnahmen

Der Fiskus profitiert mächtig vom Aufschwung. Das Steueraufkommen von Bund und Ländern stieg im Juni um 9,8 Prozent auf 53,2 Milliarden Euro. Das Plus lag damit noch etwas über der schon hohen Steigerungsrate in den ersten Monaten des Jahres. Insgesamt nahmen damit Bund und Länder im ersten Halbjahr 256,9 Milliarden Euro ein. Das ist ein Plus von 9,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Wie aus Regierungskreisen weiterverlautete, stieg das Aufkommen aus der Lohnsteuer um 10,9 Prozent, das aus der Umsatzsteuer um 8,2 Prozent. mas

Telekomregeln missachtet

Die EU-Kommission droht 20 der 27 EU-Staaten wegen mangelhafter Übertragung des neuen Regelwerks zum Telekommarkt mit Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. Die Vorschriften, die bis Mai in allen EU-Ländern zur Anwendung kommen sollten, umfassen neben erweiterten Befugnissen für Regulierungsstellen neue Ansprüche für die Verbraucher. Dazu gehören das Recht zu klareren Informationen, Garantien zum persönlichen Datenschutz und die Möglichkeit, innerhalb eines Tages den Anbieter zu wechseln, ohne die Telefonnummer verändern zu müssen. Bisher hätten erst sieben Mitgliedstaaten das EU-Regelwerk vollständig in innerstaatliches Recht übertragen. Den Regierungen der übrigen 20 Staaten, darunter Deutschland, setzten die Vertragshüter eine Frist von zwei Monaten, das Regelwerk zur Anwendung zu bringen. now

Konjunkturerwartungen sinken

Unter dem Eindruck der Euro-Krise haben die deutschen Finanzexperten ihre Konjunkturerwartungen im Juli abermals gesenkt. Der ZEW-Konjunkturindex fiel um 6,1 auf minus 1,1 Punkte, teilte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung mit. Der Index beruht auf einer monatlichen Umfrage unter rund 300 Börsenfachleuten und institutionellen Anlegern. „Vor dem Hintergrund des instabilen weltwirtschaftlichen Umfeldes stellt sich die Frage, wie lange der Konjunkturmotor noch mit der derzeitigen hohen Drehzahl laufen wird“, kommentierte ZEW-Präsident Wolfgang Franz. Die aktuelle Wirtschaftslage wird nach wie vor sehr positiv beurteilt. ppl

Niedriglöhne weiter gesunken

Geringverdiener haben seit dem Jahr 2000 deutliche Lohneinbußen hinnehmen müssen. Ihre Bezüge sanken um bis zu 22 Prozent und damit weit stärker als die Nettoeinkommen aller Beschäftigten, wie aus einer am Dienstag veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervorgeht.

Urvorkommen entdeckt

In Indien liegt das möglicherweise größte Urvorkommen der Welt. Wie eine Untersuchung des Vorkommens Tumulapalli im südöstlichen Bundesstaat Andhra Pradesh bestätigte, lagern dort mindestens 49 000 Tonnen Uranerz. Das sagte der indische Atomenergeminister Srikumar Banerjee am Dienstag mehreren indischen Zeitungen. Die Untersuchung hatte mehrere Jahre gedauert. Die tatsächliche Menge könnte sogar dreimal so hoch sein, sagte Banerjee. Dann wäre dies das größte Vorkommen der Welt. Doch auch dies reicht nicht aus, um den Bedarf der schnell wachsenden Volkswirtschaft zu decken, zumal die Qualität niedrig sei. AFP